

Update 10/2019

Bernhard Daldrup, MdB
Für den Kreis Warendorf



Berlin, 27. September 2019

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

der 1. Kleingartenkongress im Deutschen Bundestag war eine erfolgreiche Premiere, die verdeutlichte, wie sozialdemokratische Politik aussieht. Auch wenn der Beschluss des Klimapakets der Bundesregierung andere Themen der Woche überschattete, haben wir einige gute Gesetzesentwürfe auf den Weg gebracht, die unter anderem das Wohn- und Mietproblem in Deutschland entschärfen werden oder Angehörige finanziell entlasten.

An dieser Stelle nochmals meine herzliche Gratulation an Rolf Mützenich zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion und an Achim Post zum Vorsitzenden der NRW-Landesgruppe. Eine hervorragende Wahl.

Viel Spaß beim Lesen!



Unter anderem geht es in diesem Update um diese Themen:

- **1 Jahr Wohngipfel** Wir haben Bilanz gezogen und neue Maßnahmen auf den Weg gebracht.
- **Kleingärten** Schützens- und bewahrenswerte Orte basisdemokratischen Zusammenseins.
- **Gleichwertige Lebensverhältnisse** Einblick in ein nicht öffentliches Fachgespräch.
- **THW im Bundestag** Einblick in die Arbeit des THW mit einer guten Nachricht aus dem Haushalt 2020.
- **Klima: Strukturwandel Kohle**
- **Share Deals unterdrücken**

// 1 Jahr Wohngipfel

Ob zur Miete oder im Wohneigentum – für viele Menschen wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Politik für ein solidarisches Land bedeutet, bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum zu schaffen und Mieter*innen vor Verdrängung zu schützen. Dafür haben wir uns im Koalitionsvertrag und beim Wohngipfel erfolgreich eingesetzt, etwa durch Verschärfungen der Mietpreisbremse oder eine gemeinwohlorientiertere Liegenschaftspolitik des Bundes. Allerdings zeigt die Lage auf dem Wohnungsmarkt, dass weitere Schritte erforderlich sind.

Vor einem Jahr haben wir die Blockade der Union im Koalitionsvertrag und mit den auf dem Wohngipfel vom 21.09.2018 vereinbarten Maßnahmen durchbrochen. Am 25.09.2019 hat die SPD-Bundestagsfraktion Bilanz gezogen und weitere Maßnahmen beschlossen, um die Lage auf dem Wohnungsmarkt nachhaltig zu entspannen. Allein in deutschen Großstädten müssen eine Million Haushalte mehr als die Hälfte des Einkommens für die Miete ausgeben. Das ist zu viel. Unser Ziel ist, dass niemand mehr als ein Drittel seines Einkommens für die Miete aufbringen muss. Um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen und zu sichern, brauchen wir eine grundlegende Trendwende in der Wohnungspolitik, eine mutige Vision und konkretes Handeln. Wir setzen uns im Parlament und in der Regierung für eine wohnungspolitische Trendwende ein.

Die SPD ist bereit, kurzfristig kraftvolle Maßnahmen zu vereinbaren, die der Größe der Herausforderung gerecht werden. Wir wollen einen Mietestopp, um die Preisspirale zu unterbrechen. In den nächsten fünf Jahren sollen Mieten nur noch um die

inflationbedingte Preissteigerung erhöht werden dürfen – überall dort, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist. Und wir setzen uns für die beste Mietpreisbremse ein: Bauen, bauen, bauen – und zwar bezahlbare Wohnungen. Um schnellen Wohnungsbau zu ermöglichen, brauchen wir ein Planungsbeschleunigungsgesetz für den Wohnungsbau. Die Bauaufsichtsbehörden müssen wieder personell bes-



Bernhard Daldrup und Karsten Koch (Fraktionsvorsitzender der SPD Beckum) im Gespräch beim Wohngipfel der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin.

ser ausgestattet werden, um ihre Aufgaben zügig erfüllen zu können. Gleichzeitig muss der Bestand an bezahlbaren Wohnungen geschützt werden. Nur wo Neubau und Bestandsschutz zusammen gedacht werden, kann eine gute Wohnungspolitik entstehen, die sowohl die Anforderungen von wachsenden Metropolen als auch die Bedürfnisse von kleinen Städten und Kommunen erfüllen kann.

Viele private Vermieter und Wohnungsbauunternehmen engagieren sich bereits gemeinsam mit den Ländern und Kommunen für mehr bezahlbaren Wohnraum. Der Bund muss diese Initiativen mit mutigen Maßnahmen unterstützen. Ein starkes Mietrecht und umfassende Investitionen in Wohnungsbau gehen bei uns Hand in Hand. Mit diesem 12-Punkte-Plan der SPD schaffen wir die Mietwende. Das ist unsere Antwort auf die soziale Frage des 21. Jahrhunderts:

- 1) Wir müssen jetzt handeln und zwar schnell! Deshalb schlagen wir einen **Mietestopp** vor.
- 2) Wir wollen bei **öffentlich geförderten Wohnungen** günstige Mieten länger garantieren.
- 3) Für bezahlbare Mieten brauchen wir einen neuen **Sozialpakt zwischen der öffentlichen Hand und Immobilieneigentümern**.



Glückwunsch an Achim Post. Die Landesgruppe der NRW-SPD-Bundestagsabgeordneten hat ihn heute (fast) einstimmig als Vorsitzenden wieder gewählt. Gute Entscheidung!

- 4) Spekulation mit Boden und Wohnimmobilien treibt die Mieten nach oben und muss deshalb unterbunden werden. Kommunen müssen nicht genutzte Baugrundstücke mit höheren Abgaben belegen können, so dass **Spekulation unattraktiver wird und Anreize gesetzt werden, zügig zu bauen.**
- 5) Wir wollen **Transparenz durch ein Flächen- und Immobilienregister**, das ersichtlich macht, welche Flächen bebaut werden könnten aber nicht genutzt werden.
- 6) Wir stellen mehr Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt her, indem wir den **Missbrauch bei der Grunderwerbsteuer mittels „Share Deals“ schnellstmöglich beenden.**
- 7) Wir wollen, dass die geltenden **Ausnahmen für Umwandlungsverbote auf ein Minimum reduziert werden** und nur in Einzelfällen und in Absprache mit den Kommunen geltend gemacht werden können.
- 8) Zu häufig wird Eigenbedarf vorgetäuscht, damit die Wohnungen im Anschluss teurer vermietet oder verkauft werden können. Um diesen Missbrauch zu verhindern, wollen wir die gesetzliche Regelung für die **Eigenbedarfskündigung zu Wohnzwecken schärfen und Missbrauch stärker ahnden.**
- 9) Um den Erwerb von Eigentum zu erleichtern, führen wir **das Bestellerprinzip bei Maklergebühren** auch beim Erwerb von Immobilien ein.
- 10) Um die zunehmende Vertreibung sozialer und kultureller Projekte – etwa Kindertagesstätten oder betreute Wohnprojekte von sozialen Trägern – aus den Innenstädten zu stoppen, wollen wir das **soziale Mietrecht ausweiten.**
- 11) **Studierende und Auszubildende unterstützen**, durch den Bau von Studierendenwohnheimen und gefördertem Wohnen.
- 12) Teilweise ist auf dem Land der Neubau günstiger als die Renovierung leerstehender Häuser im Ortskern. **Der Bund und die Länder sollten daher stärker in lebendige Ortskerne investieren.**



Karamba Diaby bei einer Rede auf dem 1. Kleingartenkongress im Deutschen Bundestag.

// „Deutschlands Kleingärten haben nichts zu befürchten“

Der 1. Kleingartenkongress der SPD-Bundestagsfraktion war ein voller Erfolg. Am Montag kamen rund 180 Kleingärtnerinnen und Kleingärtner aus ganz Deutschland nach Berlin und diskutierten über aktuelle Herausforderungen. Leerstand, Wohnungsbau und Verdrängung sind dringend zu lösende Probleme. Finanzierungsfragen standen genauso auf der Tagesordnung der über 14.000 Vereine, wie Fragen zur Nachhaltigkeit und Ökologie. Erste Erfolge gab es jedoch bei der Grundsteuer-Reform zu berichten.

Auch bei den regelmäßigen Gesprächen mit Kleingartenvereinen im Kreis Warendorf stand die Befürchtung im Raum, dass Kleingärten durch die Grundsteuer-Reform nicht mehr als Betriebe der Land- und Forstwirtschaft behandelt und dadurch der Grundsteuer B unterliegen würden, was zu höheren Belastungen hätte führen können. Ebenso wurde die Grundsteuer C in diesem Zusammenhang als mögliche steuerliche Mehrbelastung angesehen. **Doch durch die Festlegung in §240 des Grundsteuergesetzes, wurde sichergestellt, dass Kleingärten nach wie vor den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft zuzurechnen sind und lediglich die Grundsteuer A angewendet werden darf. Dass Kleingärten durch die Grundsteuer-Reform eine höhere Belastung erwartet, wurde damit ausgeschlossen.**

Die Veranstaltung war ein klares Zeichen der SPD, dass Deutschlands Kleingärten einzigartig sind und es sie zu bewahren und zu fördern gilt.

// Geschlossenes Fachgespräch: Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Was ist zu tun?

Mit dem Bericht der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und dem Kabinetts-Beschluss zur Umsetzung der Ergebnisse vom 10. Juli 2019 kommt die Debatte zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse endlich in Gang. Jetzt geht es um eine Politik, die entschlossen die Ungleichgewichte im Land bekämpft.

Die Bundesregierung stellt fest, dass in Deutschland erhebliche regionale Disparitäten in den Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie bei der Sicherung der Mobilität, der Breitband- und Mobilfunkanbindung und beim Zugang zu Angeboten der Grundversorgung und Daseinsvorsorge, insbesondere zu technischen, sozialen und kulturellen Infrastrukturen und der Nahversorgung bestehen. Ausdrücklich bekennt sich die Bundesregierung zum Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse. Damit



Im Austausch mit Bundesminister Horst Seehofer zum Thema Gleichwertige Lebensverhältnisse

gesteht sie ein, dass die bisher praktizierte Politik der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht ausreicht ist. Zuletzt hatte der Sozioökonomische Disparitätenbericht 2019 der **Friedrich-Ebert-Stiftung** anhand einer Vielzahl von Indikatoren gezeigt, dass mittlerweile jeder 6. Bundesbürger in Regionen mit massiven und anhaltenden Strukturproblemen lebt. Der Bundesinnenminister überraschte bei der Vorstellung des Regierungsbeschlusses durch radikale Einsichten: „**Wir brauchen wieder einen aktiveren Staat, der die Mängel der sozialen Marktwirtschaft ausgleicht und uns von dem Irrglauben befreit, die Marktwirtschaft löse alles**“. Und die Regierung sieht die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse als „eine herausragende Aufgabe für die kommende Dekade“. Sie will Maßnahmen ergreifen, die „bereits in dieser Legislaturperiode erste Veränderungen bewirken“. Die Maßnahmen sollen von jedem



Dr. Kajsja Borgnäs von der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE und Heinrich Tiemann, Staatssekretär a.D.

Ressort im Rahmen seiner Zuständigkeit und nach Haushaltslage umgesetzt werden.

Die Autoren des Sozioökonomischen Disparitätenberichts 2019 gehen davon aus, dass eine erfolgreiche Angleichung der Lebensverhältnisse einen über die angedachten Maßnahmen hinausgehenden Umbau auch der Bildungs-, Forschungs-, Verkehrs- und Finanzpolitik erforderlich macht. Welche konkreten Ziele dabei verfolgt werden sollten und mit welchen Maßnahmen diese erreicht werden können, war Gegenstand dieses Fachgesprächs.

Dazu wurden zunächst die Studie „Ungleiches Deutschland - Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019“ und die Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ einschließlich dem Kabinetts-Beschluss zur Umsetzung vom 10. Juli 2019 kurz vorgestellt. Im Anschluss erfolgte eine politische Kommentierung, die durch einen Ausblick auf die Umsetzungsbedingungen einer Politik zur Verwirklichung gleichwertiger Lebensverhältnisse abgerundet wurde.



Nach der öffentlichen Anhörung zum Wohngeldstärkungsgesetz. Das war ein wirklich guter Termin. Der Gesetzentwurf soll am 16. Oktober 2019 abschließend im Ausschuss und am 17./18. Oktober in 2./3. Lesung verabschiedet werden. Im Bild (v.l.n.r.): Franz Michel (Verbraucherzentrale), Ulli Nissen, Lukas Siebenkotten (Präsident, Deutscher Mieterbund e.V.).

// Sicherheit im Blick, Zivil- und Katastrophenschutz im Herzen

In Berlin trafen sich gestern bei der Veranstaltung „MdB trifft THW“ Spitzenvertreter der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) und Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Unter dem diesjährigen Motto „Sicherheit im Blick“ gab es Einbli-



v.l.n.r. NRW - Landesbeauftragten Dr. Hans-Ingo Schliwienski, Bernhard Daldrup, Markus Freitag, THW-Ortsbeauftragter der Stadt Oelde.

cke in die Arbeitsweise und Alltag des Hilfswerks. Bernhard Daldrup der SPD-Bundestagsfraktion traf den NRW - Landesbeauftragten Dr. Hans-Ingo Schliwienski und Markus Freitag, THW-Ortsbeauftragter der Stadt Oelde.

Bernhard Daldrup lobte gegenüber Markus Freitag und Dr. Hans-Ingo Schliwienski die Arbeit der ehren- und hauptamtlichen Kräfte des THW und speziell des THW Ortsverbandes Oelde und dankte für ihre Einsatzkraft. Es sei gute Arbeit geleistet worden beim Moorbrand in Meppen, dem Sturm Friederike oder der Notstromversorgung für die Deutsche Bahn. Der Umzug des THW Oelde ins benachbarte Warendorf wurde auch thematisiert. Daldrup begrüßte den Wechsel.

Die Veranstaltung „MdB trifft THW“ findet jedes Jahr vor den Bundestagsgebäuden in Berlin statt und ermöglicht einen Austausch zwischen der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und Politik. Das Politikerinnen und Politiker sich trotz Sitzungswoche die Zeit nahmen, um mit den THW-Vertretern ihrer Wahlkreise zu sprechen, ist ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am Donnerstag den Haushaltsentwurf 2020 beraten und dabei bereits eine Reihe von Änderungen für das THW beschlossen. Dabei konnte ich zusammen mit unserem für das THW zuständigen Berichterstatter, Martin Gerster einen großen Verhandlungserfolg erzielen.

Für das THW haben wir zunächst erreicht, dass die bereits 2019 beschlossenen Erhöhungen – entgegen

der Planungen des Innenministeriums – auch in 2020 fortgeführt werden.

Das betrifft:

- die erhöhte Aufwandsentschädigung (800.000 Euro),
- die bundesweite Kampagne zur Nachwuchsförderung (3 Mio. Euro),
- die Stärkung der THW-Jugend (290.000 Euro),
- das zusammen mit der DLRG betriebene EU-Modul 17 (200.000 Euro) und
- das UN-Training Support Center (1,5 Mio. Euro) bei der Bundesschule in Neuhausen/Fildern.

// Das Klimaschutzprogramm 2030 Kommt / Den Strukturwandel beim Kohleausstieg gestalten

An dieser Stelle soll nicht so sehr auf die genauen Maßnahmen der Klimaschutzprogrammes 2030 eingegangen werden. Den genauen Plan finden Sie auf den Seiten des Bundestages:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz>

Es soll hier um eine andere spannende Frage gehen, mit der sich die SPD nun auseinandersetzen muss: Wie man den Strukturwandel beim Kohleausstieg gestalten kann. Aus Verantwortung für künftige Generationen steigt Deutschland bis 2022 aus der Atomenergie aus. Spätestens 2038 wird das letzte Kohlekraftwerk abgeschaltet und die Verlagerung der Umweltkosten in die Zukunft damit beendet. Zugleich soll aber sichergestellt sein, dass die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen neue Zukunftsperspektiven erhalten. Darauf können sich die Menschen in der Lausitz wie auch im mitteldeutschen und rheinischen Revier verlassen.

Im Januar dieses Jahres hat die dafür ins Leben gerufene Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (WSB) ihren Schlussbericht vorgelegt. Er enthält, neben den Empfehlungen für einen energiepolitischen Pfad zum Ausstieg aus der Kohleverstromung, Maßnahmen zur Begleitung dieses Strukturwandels. Die Bedingungen, wie sich diese Maßnahmen umsetzen lassen, sind in einem Entwurf eines so genannten Strukturstärkungsgesetzes dargelegt.

Ziel des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen ist es, die bisherigen Braunkohleregionen und Standorte von Steinkohlekraftwerken zu Energie- und Technologieregionen der Zukunft weiterzuentwickeln. Dabei sollen Strukturbrüche vermieden werden und neue Wertschöpfung erwachsen. Das bedeutet, die Koalition will von der Forschung und Entwicklung über die Rohstoffgewinnung, die Produktion und industrielle Dienstleistungen bis zu einem umweltbewussten Recycling-Verfahren alles in der entsprechenden Gegend verzahnen, damit die

Regionen als Wirtschaftsstandorte für Investoren eine eigene Attraktivität bekommen.

Verbindlicher Rechtsrahmen für die Unterstützung

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag nun das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen erstmals beraten (Drs. 19/13398). Den Veränderungsprozess zu gestalten, ist eine Aufgabe mit bundesweiter Bedeutung. Bund und Bundesländer werden die Umsetzung zukunftsweisender Projekte in den betroffenen Gemeinden finanziell und konzeptionell gemeinsam unterstützen.

Den Regionen werden für neue Schienen- und Straßenanbindungen und Investitionen in Bildung und Forschung und weitere Maßnahmen in den kommenden Jahren 40 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Damit legt die Koalition aus SPD und Union die Basis für Standortattraktivität und damit für Unternehmensansiedlungen und neue qualifizierte Jobs. Das gibt den Beschäftigten und ihren Familien zukunftsichere Perspektiven. Denn mit dem strukturellen Wandel in ihrer Region leisten sie einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz.

Mit dem Gesetzentwurf wird ein verbindlicher Rechtsrahmen für die strukturpolitische Unterstützung der Kohleausstiegsregionen geschaffen.

Das große Investitionspaket bis 2038 war eine zentrale Forderung der SPD-Bundestagsfraktion. Die Fraktion erhebt aber weitere Forderungen, die es nun im parlamentarischen Beratungsverfahren zu erörtern gilt. Das sind zum Beispiel:

- Neben investiven auch konsumtive Ausgaben fördern, um Personal einstellen zu können, unter anderem für Beratungsleistungen, für die Vermarktung der Regionen, Investorenkonferenzen, Innovationscamps, Wissenschaftskonferenzen, weltweite Vernetzung mit Regionen, Jugendbegegnungen.
- Priorisierung der Projekte zusammen mit den Kommunen nach den Kriterien Relevanz für Strukturwandel, Energiewende und qualifizierte Arbeitsplätze.
- Eine stärkere Beteiligung der Sozialpartner in den Gesamtprozess.
- Die Vereinbarung eines unbefristeten Bund-Länder-Vertrages, in dem der rechtliche Rahmen für die Finanzausweisungen festgelegt wird.



Glückwunsch an Rolf Mützenich und Carsten Schneider. Mit überwältigender Mehrheit ist Rolf Mützenich zum Vorsitzenden und Carsten zum 1.Parl. Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion gewählt worden. Das freut mich sehr, es ist eine gute Wahl mit starken Ergebnissen.

Wichtig: Zu den energiepolitischen Empfehlungen der WSB-Kommission, insbesondere zum Abschalten von Kohlekraftwerken in mehreren Schritten bis spätestens 2038 wird das Bundeswirtschaftsministerium einen separaten Gesetzentwurf vorlegen.

Der Kohleausstieg ist Bedingung für die strukturpolitische Unterstützung des Bundes für die Regionen. Die Umsetzung von energiepolitischen und strukturpolitischen Maßnahmen wird deshalb sowohl inhaltlich als auch zeitlich aufeinander abgestimmt.

// Share Deals einen Riegel verschieben

Der Grundstücks- und Immobilienmarkt in Deutschland steht unter Druck und ist für Spekulanten ein attraktives Betätigungsfeld. Spekulation mit Boden und Wohnimmobilien treibt die Mieten nach oben und trägt dazu bei, dass Mieterinnen und Mieter aus ihren Wohnungen und Nachbarschaften verdrängt werden.

Hinzu kommt, dass Investoren, die Wohnungen (beziehungsweise ganze Portfolios von Wohnimmobilien) im großen Stil kaufen, oftmals die eigentlich fällige Grunderwerbsteuer umgehen. Das geschieht mittels sogenannter Share Deals, die es den Investoren ermöglichen, die Wohnobjekte erst in eine Firma zu überführen und im Anschluss Anteile (engl. shares) dieser Firma zu verkaufen. Durch diesen Steuertrick haben die Länder Mindereinnahmen bei der Grunderwerbsteuer bis zu 1 Milliarde Euro im Jahr. Das geschieht auf Kosten der Allgemeinheit.

Am Freitag hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes debattiert (Drs. 19/13437). Kern der Gesetzesänderung ist, die Praxis der oben beschriebenen Steuerumgehung bei Immobiliengeschäften einzudämmen.

Fristen bei Gesellschaftern werden verlängert

Einige der verschiedenen im Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen sind das Absenken der 95-Prozent-Grenze auf 90 Prozent. Außerdem sollen Anteilseignerwechsel in Höhe von mindestens 90 Prozent bei Kapitalgesellschaften zukünftig erfasst und die Fristen von fünf auf zehn Jahre verlängert werden. Der Gesetzesvorschlag sieht also vor, dass die Grundsteuer fällig wird, wenn innerhalb von zehn Jahren, mehr als 90 Prozent der Anteile an einer grundstücksbesitzenden Personengesellschaft auf neue Gesellschafter übergehen. Bisher wurde die Grundsteuerpflicht erst ausgelöst, wenn innerhalb von fünf Jahren 95 Prozent der Anteile an der grundstücksbesitzenden Personengesellschaft auf neue Gesellschafter übertragen wurden.

Diese Gesetzesänderung ist ein wichtiger Bestandteil, um zukünftig mehr Wohnungsbau ermöglichen zu können. Diese und weitere Maßnahmen, wie z. B. die Verlängerung der Mietpreisbremse, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus oder die Verlängerung des Betrachtungszeitraums beim Mietspiegel sollen den Druck auf die Wohnungsmärkte und somit auf die Bürgerinnen und Bürger reduzieren. So stellt die Koalition zugleich mehr Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt her.

Bernhard Daldrup, wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und Cansel Kiziltepe, stellvertretende finanzpolitische Sprecherin, betonen, dass es höchste Zeit wird, dieses Steuerschlupfloch zu stoppen. Die zusätzlichen Einnahmen erhalten die Bundesländer, die dann mehr Spielräume hätten, die Grunderwerbsteuer wieder zu senken. Das Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Share Deals müssen deutlich unattraktiver werden.

// Angehörige von Pflegebedürftigen werden entlastet

Die Koalition entlastet unterhaltsverpflichtete Menschen, deren Kinder oder Eltern die Leistungen der Hilfe zur Pflege oder andere Leistungen der Sozialhilfe erhalten. Auf ihr Einkommen wird erst ab einem Jahreseinkommen von mehr als 100.000 Euro zurückgegriffen. Die Koalition schafft zudem Planungssicherheit für Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen. Von der dauerhaften Absicherung der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung profitieren auch die Träger der Beratungsangebote mit ihren Beschäftigten. Es entsteht mehr Inklusion in der beruflichen Bildung und, was Schritt für Schritt zu einem inklusiven Arbeitsmarkt führt. Über den Ausgleich der Mehrbelastungen für die Kommunen führe ich derzeit intensive Gespräche.

// Bessere Löhne in der Pflege

Gute Versorgung im Pflegefall. Das abzusichern, ist Aufgabe des Sozialstaats. Pflege kann allerdings nur dann gut sein, wenn die Pflegerinnen und Pfleger ihre Arbeit gut schaffen können. Dafür bedarf es ausreichend gut qualifizierten Personals und besserer Arbeitsbedingungen. Das geplante Gesetz für bessere Löhne in der Pflege schafft die Grundlage für bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Zwei Wege kommen dabei in Frage: branchenweit erstreckte Tarifverträge oder höhere Pflegemindestlöhne durch Rechtsverordnung.



Nach der 30. Sitzung des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen im Gespräch mit dem Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer, der Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Franziska Giffey und dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft Hans-Joachim Fuchtel zu den Ergebnissen der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Im Bild: Ulli Nissen, ich, Franziska Giffey und Elisabeth Kaiser



Schülerinnen und Schüler des Albertus-Magnus-Gymnasiums aus Beckum zu Besuch im Deutschen Bundestag.

// Besuchergruppen im Deutschen Bundestag

Danke für den erneuten Besuch einer Gruppe von Schülerinnen und Schülern vom Albertus-Magnus-Gymnasium Beckum. Wir hatten eine lebendige Diskussion, hat Spaß gemacht!

Fragen, Anregungen, Kritik? Meldet Euch. Ihr wisst, wie es geht.

Euer

Bundesrat Juchacz